

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 41 (1961-1962)
Heft: 8

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

ABFALL SYRIENS VON KAIRO

Präsident Nassers Stellung als Führer der arabischen Welt hat Ende September einen schweren Schlag erlitten: Syrien, das seit mehr als drei Jahren eine Region der *Vereinigten Arabischen Republik* war, trennte sich in einem Militärputsch von Kairo, schickte die ägyptischen Funktionäre aus dem Lande und gab sich eine unabhängige Regierung. In der syrischen Provinz herrschte seit langem *Mißstimmung* über die Herrschaft Nassers. Die Landreform war ein Fehlschlag gewesen, und nur mit strengen Polizeimaßnahmen ließ sich das Wirtschaftsleben einigermaßen in Gang halten. Die Zentralisierungspolitik des ägyptischen Führers erregte immer stärkeres Mißfallen. Im September wurden die Regionsregierungen in Damaskus und Kairo aufgelöst und durch eine einzige Zentralregierung in Kairo ersetzt. Durch neue Nationalisierungsdekrete sollte die staatliche Gewalt verstärkt werden, um die volle Kontrolle über das Land auszuüben.

Schlüsselfigur in der ganzen Entwicklung war der syrische Oberst *Abdul Hamid Sarraj*, Innenminister und skrupelloser Chef des Geheimdienstes. Mit Hilfe eines Apparates von über 5000 Geheimagenten regierte er über die Nördliche Region. Der Terror begann allmählich selbst den Regierungsstellen in Kairo unheimlich zu werden, und sie bauten eine von Kairo gesteuerte Gegenspionage auf, in der ägyptische Lehrer, Experten und Regierungsfachleute eine wichtige Rolle spielten. Diese zusätzliche Verstärkung des ägyptischen Einflusses trug zur Entfremdung zwischen Syriern und Ägyptern bei, die auch in der Armee immer mehr um sich griff. Nassers Kurs der forcierten Zentralisierung gefährdete auch Sarrajs Machtposition, der ausgeschaltet wurde, indem man ihn zum Vizepräsidenten der VAR mit Sitz in Kairo machte. Der Kampf zwischen Sarraj und Marschall Amer, der im Auftrag Nassers den Einfluß Sarrajs in Damaskus abbauen sollte,

brachte die Krise auf ihren Höhepunkt und gab den verschworenen syrischen Offizieren das Signal zum Putsch.

Am Morgen des 28. September rückten Truppen in Damaskus ein und besetzten die strategisch wichtigen Punkte der Stadt. Marschall Amer wurde festgenommen; seine Verhandlungen im Auftrage Nassers über einen Kompromiß schlugen fehl. Einheiten der Armee schlossen sich der Erhebung an. Eine Gegenaktion Nassers mit Fallschirmtruppen, die über Lattakia absprangen, mißglückte. Am nächsten Morgen wurde eine Regierung unter Dr. *Mamoun Kuzbari* gebildet, einem bürgerlichen Politiker, der vor dem Zusammenschluß mit Ägypten verschiedene Ministerämter bekleidet hatte; er rekrutierte sein Kabinett aus dem Kreise von Universitätsprofessoren und Advokaten. Nasser verzichtete noch am selben Tage auf eine militärische Intervention. Sarraj wurde gefangengesetzt. Einige Tage später begann auch Nasser einzulenken, nachdem bereits verschiedene Nachbarstaaten die wiedererstandene unabhängige Regierung in Damaskus anerkannt hatten.

Bis heute haben die eigentlichen Initianten und Träger der Revolution, die sich als *«Höchstes Kommando der Arabischen Revolution»* bezeichnen, ihre Anonymität gewahrt, obwohl die Namen einiger Offiziere bekannt geworden sind. Es wird von der weiteren Entwicklung des politischen Lebens, vor allem von den neugebildeten Parteien abhängen, wie weit die jungen Offiziere im Hintergrund bleiben oder ob sie nach dem Vorbild in anderen Ländern erneut in das politische Leben eingreifen.

Auswirkungen auf den Mittleren Osten

Die Niederlage, die Nasser in Syrien erlitten und die *de facto* eine Auflösung der Vereinigten Arabischen Republik nach sich gezogen

hat, wirkt sich auf das labile Kräfteverhältnis im Mittleren Osten aus. In den letzten Jahren wurde die arabische Welt weitgehend durch den *Antagonismus zwischen Kairo und Bagdad* bestimmt. Im Kräftefeld zwischen diesen beiden Polen ordneten sich die kleineren und schwächeren arabischen Staaten ein. Der Abfall Syriens hat nun Nassers Position geschwächt, der zudem unter dem wachsenden Druck wirtschaftlicher Schwierigkeiten steht. Auch für Kassem verschärfen sich die innenpolitischen Konflikte. Dies alles trägt dazu bei, daß die Spannung zwischen Nasser und Kassem nicht mehr so bestimmend ist für das Kräftespiel zwischen Mittelmeer und Persischem Golf. Die Kleinstaaten haben mehr Chancen, ihren Aktionsbereich zu erweitern und im Einvernehmen gemeinsame Ziele zu verfolgen.

Ungewißheit nach den türkischen Wahlen

Während sich in Syrien der Übergang von der militärischen zur zivilen Macht, trotz Improvisation, glatt vollzog, begegnet in der Türkei die Rückkehr vom Militärregime zur parlamentarischen Demokratie großen Schwierigkeiten. Die *Wahlen vom 15. Oktober* brachten nicht die lang erwünschte Klärung. Keine Partei errang die absolute Mehrheit; die *Republikanische Partei*, unter Führung Ismet İnönü, gewann im Abgeordnetenhaus die relative Mehrheit, nämlich 172 von 450 Sitzen; im Senat dagegen siegte die *Gerechtigkeitspartei*, in der die Anhänger Menderes' Unterschlupf gefunden haben, mit 70 von 150 Sitzen. In der Kammer ist die Gerechtigkeitspartei mit 159, die Partei der Neuen Türkei mit 66 und die Nationale Bauernpartei mit 53 Vertretern eingezogen.

Als die Offiziere unter *General Gürsel* am 27. Mai 1960 die Macht an sich rissen, wollten sie das Land von der korrupten Herrschaft unter Ministerpräsident Menderes und Präsident Bayar reinigen und den Staat im Sinne der Reformen Kemal Atatürks, des Gründers der modernen Türkei, wieder herstellen. Doch der Rückkehr zur Legalität stellten sich wirtschaftliche, soziale und politische Hindernisse in den Weg. Der langwierige *Schauprozeß auf Yassi Ada* gegen die Füh-

rer und Nutznießer des alten Regimes, der mit der Hinrichtung *Menderes'* und zweier seiner Minister endete, machte die Militärs nicht populär. Der gestürzte Ministerpräsident genoß vor allem in ländlichen Gegenden noch immer große Sympathien. Seine Hinrichtung wirkte auf viele als Schock. Die Parteiführer hatten sich für eine Begnadigung eingesetzt; vor allem die jüngeren Offiziere aber bestanden auf der Vollziehung des Todesurteils, um mit einem drastischen Exempel nicht nur die Korruption, sondern auch die reaktionären, gegen die kemalistischen Reformen gerichteten Tendenzen an den Pranger zu stellen.

Der Wahlkampf geriet weitgehend in den Sog eines Ringens um die Stimmen der früheren Gefolgschaft Menderes', und der Wahlausgang zeigte, daß dieser Anhang, der sich in der Gerechtigkeitspartei zusammenschloß, noch sehr stark ist. Die Offiziere ihrerseits rechneten mit einem Sieg İnönüs. Doch die Republikanische Partei, die an sich Stabilität und Loyalität versprochen hätte, war für die Wähler zu sehr mit dem Makel der einstigen Staatspartei behaftet und hatte sich zudem nie von den Maßnahmen der Offiziere distanziert. So ist das Ergebnis der Parlamentswahlen auch ein Votum gegen die Revolution der Offiziere, deren Politik und deren Absicht, die Macht in die Hände der Republikanischen Volkspartei zurückzulegen. Die Offiziere fordern nun ein *Allparteienkabinett* und drohen indirekt bereits mit der Weiterführung ihrer Herrschaft, falls die Parteien sich nicht auf diese Formel einigen sollten. Die Gerechtigkeitspartei unter General Gümüşpala will jedoch nicht mit der Volkspartei im selben Kabinett sitzen. Die Partei der Neuen Türkei dagegen hat positiv reagiert. Die Nationale Bauernpartei Bölükbaşchis verhält sich ablehnend gegen eine große Koalition. Unter dem Druck der Offiziere scheint nun in letzter Stunde eine vorläufige Einigung über die große Koalition zustande gekommen zu sein.

Auch die Kandidatur General *Gürsels* für die *Präsidentschaft* ist nicht unbestritten. Die früheren demokratischen Politiker in der Gerechtigkeitspartei bezeichnen Professor Baschgil, den Rechtsberater des früheren

Präsidenten Bajar, als ihren Favoriten. Die Manöver der Politiker drohen so die Tendenz der Offiziere zu verstärken, die Macht nicht aus ihren Händen zu geben, weil die Parteipolitik so unentschieden und spannungsgeladen ist. Innerhalb der Atlantischen Allianz bildet die Türkei einen Eckpfeiler in exponierter Position; solange den innenpolitischen Verhältnissen dort die Stabilität fehlt, bleibt darum ein wichtiger Abschnitt im westlichen Verteidigungssystem gefährdet.

Geschwächte Regierung in Bonn

Auch der Politik der Deutschen Bundesrepublik fehlt in diesen Wochen der feste Kurs, was angesichts des Berlinkonflikts nicht ohne Gefahren ist. *Adenauer* verlor in den Wahlen vom 17. September die absolute CDU-Mehrheit im Bundestag. Die Christlichdemokraten sind darum auf die *Koalition mit den Freien Demokraten* angewiesen, nachdem eine schwarz-rote Koalition mit der SPD abgelehnt worden war. Auch ein Allparteienkabinett, für das sich Bundespräsident Lübke in später Stunde eingesetzt hatte, fand bei den Führern der bürgerlichen Parteien keine Gnade. So kam es zu einem langwierigen Feilschen zwischen CDU und FDP, das um so deprimierender ist, als die Ost-West-Spannung eine klare, entschiedene Politik Bonns erfordert. Nachdem die Freien Demokraten eine befristete Kanzlerschaft Adenauers akzeptiert haben — allerdings ohne genauen Termin —, richtet sich nun der Groll, der eigentlich dem Bundeskanzler gilt, gegen seinen *Außenminister von Brentano*. Die FDP, in deren Reihen das nationalistische Erbgut viel stärker ist als die liberalen Traditionen, scheint so immer weniger ein Garant für die Kontinuität der westdeutschen Außenpolitik zu werden. Es ist kaum anzunehmen, daß die FDP auf die großzügige Koalitionsofferte der CDU verzichten wird, aber die Fortführung der Außenpolitik droht durch Politiker gefährdet zu werden, die leicht jenes Vertrauen verspielen könnten, das die Bundesregierung im Laufe der letzten zwölf Jahre im Westen geäufnet hat. Die Aktionen der Freien Demokraten, vor

allem gewisser Landesverbände in Norddeutschland, richten sich nicht allein gegen die Person des alten Kanzlers, sondern in erster Linie gegen seine *Außenpolitik*, die eine konsequente Einfügung der Bundesrepublik in die westliche Welt zum Ziel hatte; an ihre Stelle soll eine betont nationale Politik treten, die für viele Befürworter auch mit einer Schaukelei zwischen Ost und West vereinbar wäre. Wohin dieser Kurs, angesichts der aggressiven Politik Moskaus mit ihren Winkelzügen, führen könnte, läßt sich leicht ausmalen.

Die Gespräche über Berlin

Die erste Runde der Ost-West-Gespräche über die Berlinkrise — sie war zuerst durch das Palaver über westliche Konzessionen belastet — endete am 6. Oktober mit Gromykos Besuch im Weißen Haus. Der Rahmen künftiger Verhandlungen über Berlin kam dabei nicht in Sicht; *Kennedy* warnte den sowjetischen Außenminister vor den Risiken der offensiven Politik Moskaus und unterstrich die Rechte in Berlin, auf denen der Westen besteht. In seiner großen Rede auf dem Parteitag der russischen Kommunisten gab *Chruschtschew* dann seinen Verzicht auf die Unterzeichnung des deutschen Friedensvertrages in diesem Jahr bekannt, ohne irgend etwas an seinen Forderungen in der deutschen Frage und im Berlinkonflikt zu streichen.

Im Westen bestehen noch immer *Differenzen* in der Auffassung, wie man mit Moskau verhandeln soll. De Gaulle ist gegen jedes Verhandeln unter Druck und glaubt, daß zu eiliges Verhandeln in Moskau nur neuen Appetit erzeugt. London möchte, wie Washington, im Gespräch bleiben, ohne aber politische oder militärische Positionen in Deutschland in Frage zu stellen. Bonn befand sich bis jetzt nahe dem französischen Standpunkt; aber erst das Ende des Interregnums nach den Wahlen kann der Bundesregierung die Initiative zurückgeben, die auch *Kennedy* für den weiteren Gang der Verhandlungen erwartet.

Picus

DER TERROR IN OSTDEUTSCHLAND

Man hat bisher die Situation in Berlin in den meisten Berichten vorwiegend aus der Perspektive der westlichen Seite der Ulbricht-Mauer geschildert. Aber wie sieht die Lage aus, wenn man sie einmal aus der östlichen Blickrichtung betrachtet? Seit dem 13. August sind schon etliche Wochen vergangen. Die Mauer in Berlin und um Berlin ist höher geworden, und die Schergen Ulbrichts haben inzwischen einen tiefen Graben durch den lebendigen Körper der Stadt gezogen. Ein Todesstreifen bildet ein Niemandsland, in dem nur die Volkspolizisten nach den waghalsigen, todesmutigen Flüchtlingen Ausschau halten. Weiter östlich hat sich die Resignation, die seit dem 13. August für die in Ostdeutschland herrschende Atmosphäre kennzeichnend ist, vielleicht noch mehr vertieft.

Aus ärztlichen Kreisen in Ostberlin und ostdeutschen Städten erfährt man, daß die Zahl der Selbstmorde seit dem fatalen 13. August in der ganzen Zone ungeheure Ausmaße angenommen haben soll. Seelische Depressionen sind ein häufiges Leiden, mit dem die Patienten zu den wenigen überarbeiteten Ärzten kommen. Viele Familien sind durch die tragischen Ereignisse in schlimmste Streitigkeiten geraten. Dort wo der Familienvater oder die Mutter aus diesen oder jenen Gründen sich gegen die Flucht nach dem Westen sträubte, brechen tagtäglich immer wieder neue Diskussionen und Anschuldigungen aus.

Das Regime rechnete ursprünglich mit einem Aufstand der Bevölkerung. Deshalb hatte es alle erdenklichen Sicherheitsvorkehrungen getroffen, um einer Revolte mit allen verfügbaren Mitteln entgegenzutreten. Als am 14. August durch ein technisches Versehen in den zentralen Elektrizitätswerken die Stromversorgung in der ganzen Sowjetzone für mehrere Stunden ausfiel, glaubten Ulbricht und Konsorten, jetzt sei ein Sabotageakt verübt worden, um die Lahmlegung des Stromnetzes zum Signal für einen Aufstand zu geben. Das war natürlich ein Irrtum, aber der zuständige Chefingenieur aus den Elektrizitätswerken bleibt immer noch im Ge-

fängnis und wird weiter regelmäßigen Verhören ausgesetzt.

Die Wandlungen des Regimes

Ein weiteres Merkmal der Situation in der Sowjetzone ist die Brutalität, mit der sich das Regime für eine langjährige Schwäche rächt. Die Schergen des Regimes und die Geheimpolizei, die bisher ihre sadistischen Triebe, ihre Minderwertigkeitskomplexe und persönlichen Abrechnungen in einem halbzivilierten, totalitären Ordnungssystem verbergen mußten, haben auf einmal freie Hand bekommen. Auch jene, die früher unter den halbgeordneten Verhältnissen und infolge eigener Talentlosigkeit und fachlicher Unfähigkeit ein kümmerliches Dasein führen mußten, obwohl sie andere Ansprüche hatten, können jetzt auf der Welle des Terrors Karriere machen. Man hört aus allen Gegenden der Zone von schauderhaften Vorgängen, die im Augenblick mit keinem Staat des Ostblocks zu vergleichen sind; nicht einmal in China und nicht einmal in Albanien spielen sich ähnliche Szenen ab. Anständige Arbeiter, hochqualifizierte Ingenieure sind wegen früherer Äußerungen oder wegen des Briefwechsels mit Freunden in der Bundesrepublik verfehmt und werden unter abscheulichen Begleiterscheinungen in Situationen gebracht, aus denen sie sich oft nur durch Selbstmord befreien können.

Seit Wochen finden in den Betrieben sogenannte Ehrengerichte statt, die nur mit den mittelalterlichen Hexenprozessen zu vergleichen sind. Den Beschuldigten werden alle möglichen Verbrechen vorgehalten, und sie müssen sich oft wegen oppositionellen Gedanken und Absichten verantworten. Man zwingt diese Opfer, sich selbst zu bezichtigen und — wenn das menschenunwürdige Schauspiel der versammelten Meute nicht genügt — wird das Opfer gezwungen, sich noch heftiger anzuklagen. Wer sich dagegen wehrt und diese Methode ablehnt, wird von der sogenannten «Arbeiterfaust-Organisation» bearbeitet, einer Art Schlägerverband oder Ringverein, in dem die primitivsten und

blutrünstigsten Belegschaftsmitglieder organisiert sind. Man stürzt sich auf den Delinquenten und schlägt ihn solange, bis er blutüberströmt seine Verbrechen zugibt oder bewußtlos zusammenbricht. Menschen werden von ihren Arbeitsplätzen verjagt und in andere Gegenden deportiert. Niemand ist mehr durch Recht oder Gesetz geschützt. Es geht darum, die Opposition, mit Hilfe des Abschaums der Gesellschaft, ohne ordentliche Gerichte unter Druck zu setzen.

In Ostberlin, wo Ausländer und Westdeutsche noch immer gewisse Beobachtungsmöglichkeiten besitzen und — wenn auch selten und flüchtig — Gelegenheit zu einem vertraulichen Gespräch mit den Einwohnern haben, wird auf eine solche Wiederbelebung des Mittelalters verzichtet. Aber im Innern der Zone, wo man völlig unkontrolliert und unbeobachtet schalten und walten kann, sind alle Schranken des Anstandes und der Menschlichkeit längst gebrochen.

Natürlich glauben viele Mitglieder der SED, daß die Verbrecher und Schläger, die in ihrem Namen Menschen mißhandeln, eines Tages wieder unschädlich gemacht werden können. Aber ob diese Rechnung aufgehen wird, ist fraglich. Diese ganze Schicht der gewöhnlichen und Geheimpolizisten, Spitzel, Schläger, die durch die Ereignisse vom 13. August in eine privilegierte Gesellschaftsstellung gehoben wurden, wird eines Tages auf ihre Verdienste hinweisen und hartnäckig, wie das bei allen Revolutionen und Bürgerkriegen der Fall ist, die erworbene Stellung behaupten wollen. Die Zahl der Nutznießer, die an den totalitären Maßnahmen beteiligt sind, ist groß, und die Gefahr der Opposition wird noch etliche Jahre andauern, so daß man auf solche Helfershelfer des Terrorsystems nicht ohne weiteres verzichten kann. Schon jetzt sieht man, daß das Regime seine Struktur wechselt, und das wird wohl eine konstante Erscheinung bleiben. Bisher stützte sich das kommunistische System in der DDR auf die alten Antifaschisten, deren Zahl nicht allzugroß, aber ziemlich repräsentativ war, auf die breite Schicht der Bürokraten, viele kleine und meistens harmlose ehemalige Nationalsozialisten aus der Verwaltung sowie auf die jüngeren Kräfte der so-

genannten Bauern- und Arbeiterintelligenz. Seit dem 13. August werden nun die polizeilichen Formationen und die damit zusammenhängenden kryptopolizeilichen Vereine und Organisationen in den Vordergrund gestellt. Je länger die Abschnürungsmaßnahmen und die innere Umwandlung des Diktatorsystems andauern, desto mehr wird dieser militärisch-polizeiliche Aspekt der Politik zu einem Bestandteil des ganzen Systems.

Wie stark ist Ulbricht?

Im Augenblick scheint die Position Ulbrichts sehr stark zu sein. Die gesamte ostdeutsche Propaganda bildet eine Führerlegende um diesen Altstalinisten. Als kürzlich das DDR-Regime einen Staatsfeiertag beging, war sogar manchen Delegationen aus den volksdemokratischen Ländern aufgefallen, daß der Personenkult um Ulbricht einen geradezu grotesken Aufschwung erfahren hat.

Die meisten Vertreter aus den volksdemokratischen Staaten waren darüber entsetzt, weil es so etwas nirgends — auch nicht einmal in der Sowjetunion mit Chruschtschew — gibt. Die albanischen Kommunisten waren zu den Feierlichkeiten überhaupt nicht eingeladen worden. Überhaupt sind die Beziehungen zwischen der DDR und Albanien seit einigen Wochen sehr schlecht geworden. Auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit verläuft nicht mehr so gut wie früher. Die chinesische Delegation war mit dem Verlauf der Feiern nicht einverstanden. Marschall Ho Lung fühlte sich vor allem dadurch gekränkt, daß er nicht am ersten Feiertag als Redner berücksichtigt wurde, sondern erst am nächsten Tag auf der Kundgebung sprechen durfte. Dies soll in den Kreisen der chinesischen Delegation als eine Ohrfeige durch das Ulbrichts-Regime aufgefaßt worden sein. Deshalb ist auch die chinesische Delegation, entgegen den früheren Vereinbarungen, gleich nach Peking zurückgefliegen. Ursprünglich sollten die Chinesen eine Rundreise durch die Sowjetzone, ähnlich wie die sowjetische, polnische und tschechoslowakische Delegation, unternehmen.

Diese Delegationen hatten den Staatsfeiertag dazu benutzt, um mit den ostdeut-

schen Regierungsstellen und Fachministerien eingehende wirtschaftliche Besprechungen abzuhalten.

In manchen Ostberliner Zirkeln wird die Ansicht vertreten, daß für Ulbricht erst jetzt, nach der Errichtung der Mauer, eine große Bewährungsprobe kommen wird. In den verflossenen Jahren konnte er sämtliche Rückschläge und seine persönlichen Fehler und Mißgriffe immer wieder mit dem Hinweis auf die Fluchtbewegung und auf die offene Grenze zurückführen. Jetzt wird dieses Argument fortfallen, und er wird für seine Politik geradestehen müssen. «Er wird sich noch eine Beule holen», meint man halb scherzhaft, halb ironisch. Sehr oft hört man in Ostberlin in letzter Zeit folgende Version: Wenn der Friedensvertrag einmal unterzeichnet wird, wird die Sowjetunion neue Varianten in der Deutschlandpolitik entwickeln. Moskau wird dann an die Lösung von zweierlei Problemen herangehen:

Erstens wird die Sowjetunion ein großes Spiel um Westdeutschland beginnen und dazu werden andere Persönlichkeiten in der DDR als Ulbricht und seine Equipe gebraucht, und zweitens wird die Sowjetzone,

nach der Bildung normaler Staatsgrenzen und nach irgendwelchen völkerrechtlichen Abmachungen mit den Westmächten ohne das Risiko der früheren Jahre, einen leichten Liberalisierungsprozeß durchmachen müssen, um den Anschluß an die Entwicklung in den anderen Satellitenstaaten zu finden und um bessere Grundlagen für die wirtschaftliche Initiative und die industrielle Produktion zu schaffen. Auch dafür ist das kompromittierte, harte stalinistische Regime Ulbrichts ungeeignet. So glaubt man, daß sich Chruschtschew unter solchen Umständen dann endlich entschließen könnte, Ulbricht den Laufpaß zu geben. Das würde im Hinblick auf die geschlossenen Grenzen keine Erschütterungen mehr hervorrufen. In diesem Zusammenhang wird auch daran erinnert, daß die Sowjets eigentlich die Kampagne Ulbrichts gegen Schirdewan und seine Leute nicht richtig mitgemacht hatten. Daraus schließt man, daß Chruschtschew Schirdewan und seine Mitarbeiter, die im Zuge der Säuberung kaltgestellt wurden, als eine Alternative gegenüber Ulbricht noch immer im Auge behält.

Alexander Korab

DIE JALTA-KONFERENZ — URSPRUNG DER BERLINER KRISE

Die Zeitschrift *Freedom & Union* (Offices: Ontario Rd., N. W., Washington 9, D.C.) veröffentlichte in ihrer Septemberversion nachgenannte aktuelle Gegenüberstellung:

1945 — Eine warnende Stimme

«Wie soll man die Mischung aus Gutem und Schlechtem im Jaltacommuniqué beurteilen? Viele denken, das Gute darin wiege das Schlechte auf. Wenn aber das Schlechte ein tödlicher Virus ist? Sollen wir dann weiter die Milch empfehlen, in der er sitzt, nur weil die Milch die Mikroben überwiegt?

Ich wenigstens vermute in dieser Jalta-Milch einen rötlichen Virus...

Der Beschluß, in den befreiten Gebieten 'demokratische' Regierungsformen einzuführen, birgt einen tiefen Konflikt zwischen der Sowjetunion und den USA über die Auslegung des Begriffes der Demokratie. Diese

1961 — Bestätigung durch Kennedy

«Vor allem zwei Ziele der amerikanischen Außenpolitik veranlaßten meine Reise: die Einigkeit der freien Welt, deren Stärke für uns alle Sicherheit bedeutet, und dann das Suchen eines dauerhaften Friedens...

Chruschtschew und ich unterhielten uns sehr eingehend und offen über unsere Einstellung zu den Hauptfragen, in denen unsere zwei Länder heute uneins sind...

So wenig wir uns einigen konnten, so halte ich doch unser Treffen für äußerst nützlich...

...in Wahrheit legen die Sowjets und wir den gleichen Worten — Krieg, Frieden, De-

tatsächliche Meinungsverschiedenheit versteckt sich hinter äußerer Einigkeit, die aber beiden Parteien erlaubt, sich gegenseitig der Falschheit zu bezichtigen, sobald der Versuch, den Beschluß auf einen konkreten Fall anzuwenden, offenbart, daß beide ihn verschieden auslegen.»

(«Federal Union World», März 1945.)

mokratie und Volkswillen — völlig verschiedene Bedeutungen bei. Wir verstehen unter Recht und Unrecht, innerer Angelegenheit und Aggression etwas ganz anderes. Und vor allem unterscheiden sich unsere Ansichten über Stand und Zukunft der Welt.» (Fernsehansprache an die Nation am 6. Juni 1961.)

USA-VERTEIDIGUNGS-BUDGET IM VERSCHÄRFTEN KALTEN KRIEG

Mächtiges Kampfmittel des kalten Krieges

In der undurchsichtigen Kraftprobe mit den Machthabern im Kreml, welche scharf an den Rand eines Krieges heranhöhrt, setzt die Regierung Kennedys ein neues Kampfmittel ein, nämlich das bedeutende Volkseinkommen der USA (Gross National Product — GNP —).

Genau betrachtet, handelt es sich in dieser Periode eines «Fastkriegszustandes» um den Kampf zwischen dem USA-Dollar und dem russischen Rubel. Die Sprengwirkung dieses jährlich 500 Milliarden Dollar betragenden Volkseinkommens gegenüber der kaum die Hälfte ergebenden russischen Wirtschaft ist beträchtlich.

In diesem zweifelhaften Spiel mit dem Krieg hat Kennedys Regierung das bisherige Verteidigungs-Budget um 6 Milliarden Dollar erhöht, so daß es für das am 30. Juni endigende Finanzjahr 1962 47 Milliarden Dollar beträgt.

Die Budgetspezialisten des Pentagons haben ein 5-Jahres-Notstands-Programm für die Bedürfnisse der Landesverteidigung aufgestellt, dessen Betrag die 50-Milliarden-Dollar-Grenze überschreiten wird und voraussichtlich bis zum Jahre 1970 auf bis 80 Milliarden Dollar hinaufklettern dürfte.

Das jetzt vorbereitete 50-Milliarden-Dollar-Budget für das Finanzjahr 1963, welches im Dezember dem Präsidenten Kennedy und im Januar dem Kongreß unterbreitet werden soll, ist das höchste Budget, welches jemals in Friedenszeiten eingereicht wurde.

Die steigenden Verteidigungsausgaben werden dadurch verursacht, daß die Regierung die feste Absicht hat, einerseits die Bestände der bereits vorhandenen Streitkräfte zu erhöhen und andererseits diese Truppen so auszurüsten, daß sie in der Lage sein sollten, einen Krieg mit konventionellen Waffen erfolgreich zu führen. Dazu kommt außerdem noch der Aufbau sogenannter unkonventioneller Streitkräfte.

Die von den Mitarbeitern Kennedys bekanntgegebene Erhöhung der Landesverteidigungskosten ist bedingt durch:

- die bedeutenden Anstrengungen, um das Arsenal der unverletzbaren und mobilen strategischen Atomwaffen zu vergrößern,
- die straffe Kontrollmöglichkeit der abgestuften Vergeltungseinsätze durch das «Weiße Haus» anstelle des automatischen massiven Vergeltungsschlages,
- den Aufbau eines zuverlässigen Nachrichten- und Übermittlungssystems, um jederzeit raschestens über die Absichten, Möglichkeiten und Waffen des Gegners orientiert zu werden.

Der kostspielige Nachrichtendienst

Die Fachleute im Pentagon sind der Ansicht, daß die Verwirklichung des vorgesehenen Nachrichten- und Übermittlungs-Systems mindestens 5 Milliarden Dollar pro Jahr kosten werde.

Dieses weitmaschige Informationsnetz würde umfassen:

- das Beobachtungs-Satellitensystem «Samos», welches erlauben würde, die feindlichen Abschußbasen von Lenkwaffen sowie die Stützpunkte der Bombenflugzeuge zu überwachen,
- die unterirdischen oder mobilen Kommandozentralen (für Marine, Heer und Luftwaffe), welche so ausgebildet sein müssen, daß sie den USA-Atomgegenschlag während und nach dem feindlichen Atom-Beschuß leiten können,
- die unter Stahl und Beton tief im Boden verborgenen Lenkwaffen, die Unterseeboote oder die weitreichenden Flugzeuge und Raumschiffe,
- die gut geschützten verschiedenen Übermittlungs-Systeme, welche eine zuverlässige Verbindung zwischen dem Kommando-Posten im «Weißen Haus», den hohen militärischen Befehlshabern und den außerhalb der USA stationierten Streitkräften sicherstellen.

Die Anstrengungen der Regierung Kennedys zielen nach zwei Richtungen: Einmal soll die Fähigkeit zum Gegenschlag mit Kernwaffen durch gut ausgerüstete und tadellos ausgebildete Streitkräfte, welche einen feindlichen Überfall überleben können, so sichergestellt werden, daß sie je nach Notwendigkeit abgestuft und mit Besonnenheit ausgenützt werden kann, und andererseits sollen die konventionellen und Anti-Guerilla-Streitkräfte, welche ohne Atomwaffen kämpfen können, ausgebaut werden.

Diese Strategie Kennedys verlangt aber einen größeren Anteil am Volkseinkommen als bisher. In den vergangenen Jahren machten die militärischen Ausgaben ca. 9% des Volkseinkommens aus, das waren rund 40 Milliarden Dollar im Jahr.

Dieser Anteil ist nun auf 10% gestiegen, somit erreichten die Ausgaben die 50-Milliarden-Grenze. Die militärischen Finanzleute sind der Ansicht, daß diese Tendenz zur Steigerung, je nach dem Gewicht der russischen Drohung, jährlich 5% bis 10% betragen könnte.

Henry S. Rowen, ein bewährter Mitarbeiter des Pentagons auf dem Gebiet der Nationalökonomie und Politik, arbeitete im Jahre

1960 eine Studie für das Wirtschaftskomitee des Nationalen Kongresses aus, in welcher er ausführte, daß, wenn der Anteil des Verteidigungsbudgets am Volkseinkommen konstant bliebe (9%), die zur Verfügung kommende Summe infolge der jährlichen Zunahme des Volkseinkommens um 3—4% im Jahre 1970 den Betrag von 60 Milliarden Dollar erreichen dürfte.

Rowen erklärte weiter: «Ein solches, nach dem Prinzip des «Konstanten Prozentanteils» aufgebautes Verteidigungsbudget würde einige wesentliche Verbesserungen im Rahmen der Landesverteidigung ermöglichen, so die Erhöhung der Anzahl der geschützten Abschußbasen der strategischen Lenkwaffen oder die Verstärkung der sich dauernd im Alarmzustand befindlichen Bombengeschwader oder die Realisierung eines Programmes für den zivilen Luftschutz oder die Einführung moderner Waffen bei den Streitkräften.»

Steigender Anteil für die Verteidigung

Kennedys Stab hat sicher unter der Annahme des «Konstanten Prozentanteils» im vergangenen Januar seinen Verteidigungsplan aufgestellt, allerdings mit der notwendigen Vorsicht gegenüber einer Inflation sowie der nötigen Sicherheit, im Hinblick auf die finanziellen Auswirkungen der militärischen Rüstung.

Chruschtschews Drohung mit Berlin veranlaßte jedoch den Präsidenten, ziemlich unvermittelt zum Prinzip «eines steigenden Anteils» am Volkseinkommen hinüberzuwechseln.

Rowen sagte: «Dieser Vorschlag stützt sich auf die Annahme, daß wir in den 1960er Jahren gezwungen sein könnten, unsere Verteidigungsausgaben zu erhöhen, und zwar in einem Ausmaß, welches den zunehmenden Finanzmitteln entspricht, welche die Kommunisten der Aufrüstung zuwenden. Es ist schon so, daß das Wachsen des kommunistischen Blockes seine militärische Stärke erhöht, und es könnte sein, daß der Westen eines Tages feststellt, daß die eigene militärische Kraft langsam abnimmt. Die Erhöhung um ungefähr 7% pro Jahr könnte notwendig werden.

Für die USA macht eine solche prozentuale Erhöhung in den ersten 60er Jahren ca. 3 Milliarden Dollar pro Jahr aus. Voraussichtlich wird das Verteidigungsbudget im Jahre 1970, auf diese Basis berechnet, rund 80 Milliarden Dollar betragen. Dieses Budget mit steigendem Anteil kann von den USA infolge der zu erwartenden vermehrten Steuereingänge sicher ohne jede Steuererhöhung aufgebracht werden.»

Rowen meint ferner, daß ein solcher erhöhter Anteil am Volkseinkommen nicht nur eine Verstärkung der Rüstung und eine beträchtliche Verbesserung der strategischen Streitkräfte erlauben werde, sondern auch den Aufbau der Abwehr feindlicher Langstrecken-Lenk Waffen, den Ausbau eines starken zivilen Luftschutzes, eine reichhaltigere und bessere Ausrüstung der konventionellen Streitkräfte mit See- und Luft-Transportmitteln sowie die Zuteilung einer notwendigen Luftunterstützung und den Ausbau der Hilfe an die Verbündeten, besonders in Asien.

Obwohl Rowen seine Studie mehr als ein Jahr vor Kennedys Amtsantritt verfaßt hat, kann man jetzt feststellen, daß der Präsident dem Prinzip «des wachsenden Anteils» folgt. Rowens Überlegungen entsprechen ganz seiner früheren Tätigkeit als Fachmann bei der Rand Corporation, deren Ideen die Planung des Pentagons weitgehend beeinflußten. (Die Rand Corporation ist eine ohne Gewinn arbeitende Forschungsgesellschaft, welche von der Air Force ins Leben gerufen wurde, um die Probleme der strategischen Entscheidungen und der Waffenkonzeptionen wissenschaftlich zu untersuchen.)

Obwohl der Präsident anläßlich der Berlinkrise eine Erhöhung der Verteidigungskosten um 3,5 Milliarden Dollar verlangte und dies einen Schritt in der Richtung zu größerer militärischer Aufrüstung bedeutet, ist die Regierung Kennedys bei der Festsetzung noch nicht soweit gegangen, um nach Ansicht von Rowen als «Notstands-Budget» bezeichnet zu werden.

«Notstands-Budget»

Rowen weist darauf hin, daß ein solches Notstands-Verteidigungsbudget, wie es an-

läßlich des Korea-Krieges notwendig wurde (als die Verteidigungsausgaben mehr als verdreifacht wurden), im Falle einer Teil- oder Total-Mobilmachung wiederum unumgänglich würde.

Rowen meint: «Ein solches Budget könnte durch eine Verschärfung der politischen Lage ausgelöst werden, zum Beispiel, wenn wir aus Berlin herausgedrückt würden oder die Chinesen einen Angriff in Südost-Asien starten wollten oder infolge einer russischen Aggression im Mittleren Osten oder durch eine größere Anzahl kaum voraussagbarer Situationen. Jede dieser Krisen könnte eine beträchtliche Erhöhung des Verteidigungsbudgets nach sich ziehen.

Die Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, daß noch gefährlichere Situationen eintreten können, in welchen der Westen einen großen Rückschlag erleiden müßte. Es könnte gut der Fall vorliegen, daß wir gezwungen würden, innerhalb der Zeitspanne bis Ende 1970 unsere Verteidigungsausgaben bis zu 100 Milliarden Dollar oder mehr steigern zu müssen. Ein solches Budget würde natürlich eine massive Verstärkung der zivilen und aktiven Verteidigung erlauben, den Ausbau der strategischen offensiven Streitkräfte ermöglichen, eine beträchtliche Vergrößerung der Land- und Seestreitkräfte gestatten und eine bedeutende militärische Unterstützung an unsere Verbündeten zulassen.»

Als Rowen, der damals noch nicht Mitglied des Verteidigungssekretariates war, diese Voraussage über die mögliche Entwicklung des Verteidigungsbudgets machte, konnte er seine Ansichten viel freier äußern als ihm dies heute in seiner offiziellen Stellung möglich ist.

Es ist bekannt, daß führende Persönlichkeiten im Pentagon die Ansichten Rowens teilen und seinen wirtschaftlichen Überlegungen zustimmen, welche besagen, daß die USA-Wirtschaft ein höheres Verteidigungspotential ertragen könne.

Auch die Mitglieder des Verteidigungsausschusses vertreten mit Zustimmung des Weißen Hauses die Auffassung, daß sich die USA einen höheren Beitrag an die Verteidigungskosten leisten könne. Sie erinnern dar-

an, daß die Kosten für die Verteidigung im zweiten Weltkrieg mehr als 40% des Volkseinkommens ausmachten und anlässlich des Höhepunktes im Korea-Krieg im Jahre 1953 der Kostenanteil, im Vergleich zu 4,5% im Jahre 1948, 12,2% betrug.

Alle diese Persönlichkeiten weisen die Auffassung der Eisenhower-Verwaltung zurück, nach welcher ein hohes Verteidigungsbudget den Ruin der Nation nach sich ziehen würde. Selbst ein Verteidigungs-Budget, welches die 50—60-Milliarden-Grenze erreicht, würde — die richtigen Maßnahmen gegen die Inflation vorausgesetzt — keine ernststen Einschränkungen des hohen nationalen Lebensstandards verlangen.

Die Bereitschaft der Regierung Kennedys, einen höheren Anteil des Volkseinkommens dem Verteidigungs-Budget zukommen zu lassen, ist sicher das Resultat einer Überprüfung der zunehmenden Wahrscheinlichkeit, daß der Herrscher im Kreml, welcher sich auf seine vermeintliche militärische Stärke stützt, den Westen zu Konzessionen und Kompromissen zwingen will.

Das Volkseinkommen wird unter diesen Umständen eine mächtige Waffe im kalten Krieg. Sowjet-Rußland hat bereits angekündigt, daß es sein Verteidigungs-Budget um 35% erhöhen werde; es hat die vorgesehene Kürzung seiner 3 600 000 Mann starken Wehrmacht um einen Drittel rückgängig gemacht und die Entlassung der fertig ausgebildeten Rekruten abgestoppt.

In diesem Ringen des kalten Krieges kämpft der USA-Dollar gegen den Rubel. Es ist ein mächtiger Zweikampf entbrannt zwischen der 500 Milliarden Dollar umfassenden amerikanischen und der halb so großen russischen Wirtschaft.

Das Volkseinkommen ist wohl nicht ein so eindrucksvolles Kampfmittel wie eine 30 m lange Fernlenkwaffe oder das Rattern eines Kampfpanzers auf einer deutschen Autobahn oder die Einberufung der Reservisten oder gar das Zischen der Wasser-Kanonen in Ost-Berlin! Für Kennedys Regierung ist das Volkseinkommen jedoch mindestens so wichtig, wie für Stalin die Anzahl seiner Divisionen war oder die Men-

ge der 100-Megatonnen-Bomben für Chruschtschew.

Das Volkseinkommen ist ein Maß der nationalen Stärke und bedeutet Widerstandskraft. Wieviel von diesem Volkseinkommen in militärische Stärke umgewandelt wird, bestimmt zum großen Teil die Geschicklichkeit einer Nation, zu überleben und ihre nationale Politik durchzusetzen.

In seiner Studie führt Rowen aus: «...das Volkseinkommen einer Nation ist und bleibt ein sehr brauchbarer Maßstab zur Beurteilung des allgemeinen Rüstungspotentials; daher ist seine Bedeutung vor dem Krieg wichtiger als während des Krieges. Das Volkseinkommen ist ein aufschlußreicher Hinweis auf die ausnützbaren Reserven, welche für die Verteidigungsanstrengungen zur Verfügung stehen können. Es bietet eine nützliche Beurteilungsgrundlage hinsichtlich der Belastungsmöglichkeit der Nation für das Verteidigungsprogramm.»

Nationaleinkommen als Abschreckung

Sicher darf man den Anteil des Volkseinkommens, welcher in militärische Stärke umgewandelt werden könnte, sowie die Steigerung des prozentualen Anteils für die Zwecke der Landesverteidigung, auch als eine Art Abschreckungsmittel betrachten.

Herman Kahn, ebenfalls ein ehemaliger Mitarbeiter der Rand Corporation, der im Pentagon einen großen Einfluß ausübt, ist überzeugt, daß diese Möglichkeit der USA, ihr Verteidigungs-Budget beträchtlich zu erhöhen, eine nicht unwesentliche Abschreckungswirkung auf die kommunistischen Eroberungsabsichten haben dürfte. Er schlägt vor, die USA möge die kommunistischen Drohungen mit einer drastischen Aktion beantworten, zum Beispiel durch die Verdoppelung des Verteidigungsbudgets.

Um diese wichtige Seite des Verteidigungsbudgets zu unterstreichen, sagt Rowen folgendes: «Wir müssen uns ganz klar darüber sein, daß in der Auseinandersetzung zwischen Westen und Osten die Regierungsbudgets und das Volkseinkommen zwei wichtige Waffen bilden.»

Lloyd Norman

DIE WELTHERRSCHAFT — DAS ZIEL DES KOMMUNISMUS — UND UNSER WIDERSTAND

X. Herbsttagung des Redressement National

Im September konnte das Redressement National im Parkhotel in Gießbach 30 Vertreter aus Wissenschaft, Politik, Handel und Industrie sowie an die 70 Studenten schweizerischer Hochschulen zu seiner X. Herbsttagung begrüßen. Der Präsident, *C. Mumenthaler*, und der Geschäftsleiter, *Dr. E. Seiler*, umrissen einleitend die Bestrebungen des RN im Dienste von Freiheit, Föderalismus und Recht. Sie wiesen darauf hin, daß die Zielsetzung des RN in gerader Linie zur Wahl des Themas der diesjährigen Gießbach-Tagung führte. Kein verantwortungsbewußter Schweizerbürger darf es sich heute leisten, einer Auseinandersetzung mit den Zielen und Methoden der kommunistischen Ideologie und Realität und einer Überprüfung seiner geistigen und ethischen Widerstandskräfte aus dem Wege zu gehen.

PD. Dr. *I. Fetscher*, Tübingen, gab als erster Referent einen umfassenden Einblick in die «marxistisch-leninistische Geschichtsmythologie, als Grundlage der Politik der kommunistischen Parteien». Nach Karl Marx ist der Sozialismus, genau gleich wie bei Hegel, kein moralisches Postulat, sondern das Resultat einer geschichtlichen Entwicklung. Hegels und damit auch Marxens Ausgangspunkt bildet der Glaube an die objektive Vernunft der Geschichte, die von der subjektiven Vernunft annähernd erfaßt werden kann. Während aber Hegel eine nachträgliche Deutung der Gegenwart vornimmt, sieht Marx eine Notwendigkeit, aus dem objektiven Erkennen der Gegenwart die künftige Geschichte vernünftig zu gestalten. Im Marxschen Buch über «Das Kapital» geschieht eine Kontamination von Modellanalyse und Geschichtsmythologie. Es werden hier folgende Schlüsse auf die Zukunft gezogen:

Akkumulation des Kapitals in den Händen einiger weniger. — Polarisierung der Gesellschaft; Zerstörung der Mittelschichten vorkapitalistischen Ursprungs. — Entstehung einer «Reservearmee» Arbeitsloser (Fol-

gerung aus der Überproduktions- und Unterkonsumtionstheorie). — Das Proletariat ist zunehmender Verelendung ausgesetzt. Nach Marx liegt die Ursache hierfür in der Zunahme der technischen Anlagen, die notwendigerweise den Nichtgebrauch qualifizierter Arbeitskräfte bewirken.

Eduard Bernstein konfrontierte diese Thesen einige Jahrzehnte später mit den Verhältnissen in Deutschland und kam dabei zu folgenden Resultaten:

Eine ausgesprochene Konzentration des Kapitals war nicht vorhanden. — Die mittleren Betriebe erwiesen sich als äußerst zahlreich. — Der Voraussage einer zunehmenden Verelendung des Proletariats stand ein ständiges Steigen des Lebensstandards gegenüber.

Lenin glaubte Bernsteins Feststellungen widerlegen zu können. Die Steigerung des Lebensstandards in den hochindustrialisierten Ländern Westeuropas sei nur durch die Ausbeutung der Kolonialvölker möglich. Die Revolution sei nun vor allem in die unterentwickelten Länder zu tragen, zu denen er auch Rußland zählte. Allerdings befand sich Rußland damals als rückständiger Agrarstaat und gleichzeitig zweitgrößte Kolonialmacht in einer Doppelsituation (vgl. Lenins Schrift: «Der Imperialismus als letztes Stadium des Kapitalismus»). Dieser letzten Tatsache versuchte Lenin durch seine «Neue ökonomische Theorie» zu begegnen. Eine weitgehende Industrialisierung der Wirtschaft sollte verhindern, daß Rußland weiterhin hinter den andern europäischen Ländern zurückblieb. Stalin versuchte seinerseits die auftauchenden Bedenken gegen die kommunistische Lehre zu zerstreuen, indem er die Errichtung des Staatskapitalismus in Rußland als eine Etappe auf dem Weg zum Weltkommunismus erklärte. Da der Sozialismus eine Abart des Kapitalismus in den Händen des Staates darstellt, ist er an ähnliche Bedingungen gebunden, wie sie für das Funktionieren des Hochkapitalismus erforderlich

sind. Durch administrativen Druck wird ein Zwang zum Sparen ausgeübt, dessen Früchte für eine forcierte Industrialisierung verwendet werden. Der Druck durch die «Reservearmeen» Arbeitsloser wird ersetzt durch die Institution der Zwangsarbeitslager. So besteht ein Zwischenziel der kommunistischen Parteien im Ein- und Überholen der Produktion der «kapitalistischen» Nationen. Für Marx selber wäre eine solche Zielsetzung unbegreiflich gewesen, da nach ihm der Sozialismus (als Anfang einer höheren Gesellschaftsform) erst an der Spitze der Entwicklung des Kapitalismus einsetzen, auf dessen Errungenschaften aufbauen und damit diesen gar nicht zuerst einholen kann.

Eine verstaatlichte Industrie kann mit administrativem Druck eine beschleunigte Akkumulation der Produktionskräfte herbeiführen. Diese Seite kommunistischer Wirtschaftspolitik verfehlt ihre Wirkung auf die Entwicklungsländer, die die Aufbautappen gewissermaßen überspringen sollen, nicht. Dort jedoch, wo eine zentralistische Regierungs- und Wirtschaftsform gefördert wird, riskiert man, in die Hände der Kommunisten zu spielen. So gestaltet sich die Situation des Westens in dieser Frage äußerst schwierig. Nach Ansicht des Referenten sollte die freie Welt wohl provisorische «Entwicklungsdiktaturen» dulden, aber auch darüber wachen, daß sie nicht in kommunistisches Fahrwasser geraten. Das heißt unter anderm, daß sie in gefährdeten Ländern auch Oppositionsparteien unterstützen sollte.

«La situation des intellectuels derrière le rideau de fer» war das Thema des rumänischen Schriftstellers *Petru Dumitriu*, der im Jahre 1960, anlässlich einer Berlinreise als Direktor des rumänischen Staatsverlages für Literatur das freiwillige Exil dem Leben in seiner Heimat vorzog. Der Referent wies einleitend darauf hin, daß das Phänomen der Industrialisierung Rußlands und Chinas auf westlichen Ideen und Errungenschaften beruht. Die totalitären bürokratischen Staatsformen Asiens sind dem byzantinischen Einfluß zuzuschreiben. Die Russen haben sich dieses Mittels bedient, um ihre Ziele zu verwirklichen; dies ist kennzeichnend für einen emporstrebenden Agrarstaat. Die ethnolo-

gisch begründete Anfälligkeit der slawischen und asiatischen Völker gegenüber dem Messianischen, gegenüber dem Bewußtsein imperialer Bedeutung kam den Russen ebenso zustatten.

Das industrielle Vakuum der kommunistischen Länder mit bürokratischer Tradition hat eine führende «neue Klasse» produziert. Ihr steht eine Mittelklasse gegenüber, die durch die staatlich gelenkte Intellektualisierung der Bauern entstanden ist. Diese umfaßt die neue Arbeiterschaft und die Intellektuellen (wobei zu den Intellektuellen nicht nur Hochschul-, sondern auch Mittelschulabsolventen zu rechnen sind). Die rückständigen Bauern, deren es auch in den Kollektiven noch zahllose Millionen gibt, bilden heute die unterste Schicht. Die Klassifizierung dieser Schichten geschieht meist sehr oberflächlich. Die Unterscheidung zwischen Partei- und Nichtparteimitgliedern hat nicht die ihr im Westen zugemessene Bedeutung. Die Partei ist die große, wolkige Masse, in der sich die führende Klasse versteckt.

Der Referent führte einige Kriterien an, die uns einen Entscheid darüber erlauben sollen, ob ein Parteimitglied der führenden Klasse angehört oder nicht. Die ideologische Haltung oder die Befehlsgewalt in der Wirtschaft werden als unzuverlässige Kriterien hierfür bezeichnet. In der neuen Klasse sind weder orthodoxe «Gläubige» noch Revisionisten im herkömmlichen Sinne des Wortes anzutreffen. Die Haltung kann als geistige Statik in bezug auf Weltanschauung und Geschichtsauslegung bezeichnet werden. Ein sichereres Kriterium bilden die Privilegien. Sie sind nicht so sehr im Unterschied der Gehälter und Löhne zu spüren, als in der Zugehörigkeit zu speziellen Konsumgenossenschaften, die eine privilegierte Lebenshaltung ermöglichen. Je höher die Einstufung in die führende Klasse ist, um so geheimer sind die Konsumgenossenschaften. Die Privilegien sind zum Teil unfassbar. Genannt wird ein Minister, der eine traumhafte Jacht auf hoher See sein eigen nennt. Am sichersten ist das Kriterium der politischen Stellung und Handlungsvollmacht für die Einreihung in die neue Klasse. Ausdrücke wie «Apparatschick» (ähnlich dem deutschen «Partei-

bonze») für höhere Parteifunktionäre belegen die Rolle des Bürokratismus und des Bewußtseinsspiels im Volk.

Die intellektuelle Jugend steht im grellsten Gegensatz zum Regime. Eine der Ursachen ist der geistige Konflikt, in den man bei intellektueller Beschäftigung mit dem System kommen muß. Dichtung wird als Erziehungs- und Indoktrinierungsmittel gebraucht. Es wird ihr die Freiheit verwehrt, ein Ausbruch des Subjektiven zu sein und ihren mittelbaren erzieherischen Einfluß dadurch auszuüben, daß sie Modelle der gültigen Moral und Ethik braucht. Die Wirkung des marxistisch-leninistischen Dogmas auf die mathematisch - naturwissenschaftliche Forschung ist ebenfalls unvorstellbar, indem die ganze Forschung zweckgebunden sein soll. Die namhaftesten Intellektuellen und Geisteswissenschaftler der kommunistischen Satellitenländer sind deshalb zumeist geflohen. Wenn sich in Rußland selbst weniger Absprünge ereignen, spielt hier der Patriotismus eine gewisse Rolle.

Dr. phil. E. Kux referierte über «die weltpolitischen Ziele des Ostblocks». Ein kurzes, von Rußland her gesehenes Aperçu der Geschichte des letzten halben Jahrhunderts bildete den Ausgangspunkt. Die Februarrevolution von 1917, gedacht zur Errichtung einer Demokratie nach westlichem Vorbild, war das auslösende Moment der bolschewistischen Revolution einerseits und zum Herbeizug Amerikas als Wirtschaftsmacht nach Europa andererseits. Lenin benützte als erster alle ihm zu Gebote stehenden technischen Mittel, um seine Ziele zu erreichen. Über das Radio wandte er sich an die Völker mit der Aufforderung zum Sturze der legalen Regierungen. Von diesem Augenblick an beschäftigten Lenins Lehre und seine Politik die Außenpolitik Europas. Bei Marx war keine außenpolitische Konzeption vorhanden. Vergeblich hatte Lenin seinerzeit versucht, die westliche Sozialdemokratie für die Revolution zu gewinnen. Haßgefühle gegen die westliche Arbeiterschaft hatten sich seiner bemächtigt, und er wollte ursprünglich nach Südamerika auswandern. Die Theorie über die Ausbeutung der Kolonialvölker ließ ihn dann von diesem Plan abkommen.

Rußland ging es vorerst nicht darum, Kolonialpolitik zu betreiben, sondern in seinem Imperium Ruhe zu finden. Der Kommunismus will aber die Weltherrschaft erringen, da er zugleich die totale Beherrschung haben muß, um die Zukunft so zu gestalten, wie sie seiner Lehre nach sein sollte. Lenin geriet in Gegensatz zu Plechanow, der den Weg über die Form der westlichen Demokratie einschlagen wollte. Lenin wollte rascher zum Ziel gelangen. Die Oktoberrevolution sollte der zündende Funke zur Weltrevolution sein. Sämtliche Verträge wurden aufgekündigt. Der Sonderfriede mit Deutschland war das Zeichen zum Bürgerkrieg. Die Rote Armee wurde als erste moderne Armee für Bewegungen großen Stils mit Panzerzügen usw. gebildet. Sie blieb Herrin der Lage. Diplomatisch engagierte sich das neue Rußland nur im Osten (Indien, China, Turkmenistan, Türkei). Die neue ökonomische Politik brachte erst wieder eine Hinwendung zur klassischen Diplomatie, was begründet wurde mit der sogenannten Theorie der Atempause. Die Annäherung an Hitler unter Stalin hatte ihren Grund darin, daß einerseits Hitler als Steigbügelhalter für die Revolution in Deutschland betrachtet wurde und andererseits Stalin fasziniert war von den rücksichtslosen Mitteln und Methoden Hitlers zur Stärkung seiner Macht. Nachdem sich aber Stalin gezwungenermaßen dem Westen zugewandt hatte, wurde die Sowjetunion diplomatisch immer hoffähiger. In der Folge des zweiten Weltkriegs (Jalta!) stieg Rußland zur zweiten Weltmacht empor, die in allen außenpolitischen Fragen von Bedeutung mitspricht. Die eingeräumte russische Einflußzone in Europa wurde in ein russisches Imperium verwandelt. Einzig Jugoslawien konnte widerstehen und blieb unabhängig. 1946/47 wurde im Kreml um die Anerkennung zweier verschiedener Theorien gekämpft. Der damalige Parteisekretär Schdanow trat für einen weiteren Vorstoß bis zum Atlantik ein, während Molotow und andere sich für die Verdauung des bereits Einverlebten aussprachen. Die Aktion der Luftbrücke in Westberlin rief Überraschung hervor und deutete einen sichtbaren Widerstandswillen an, welcher der Theorie Molo-

tows recht gab. Man wandte sich Asien zu. Es gelang, China zu revolutionieren. In Korea stießen die Russen aber wiederum auf Widerstand. Diese aggressive Haltung der Russen manifestierte sich zu einem Zeitpunkt, da die westlichen Alliierten ein deutliches militärisches Übergewicht besaßen. Man hätte sich damals in Washington und London fragen müssen, wie das Verhalten der Sowjetunion bei einem militärischen Gleichgewicht sein würde. Stalin starb, und sein Testament war die Aufforderung an seine Nachfolger, alles zu unternehmen, um Deutschland und Japan aus der westlichen Allianz herauszubrechen, damit die USA auf den zweiten Platz verwiesen würden. Malenkows Ankündigung der H-Bombe führte der Weltöffentlichkeit die Tatsache des militärischen Gleichgewichts zwischen den Weltmächten vor Augen. Dieses Gleichgewicht wurde (zumindest psychologisch) zerstört durch die fatale Erklärung Eisenhower in Genf, Amerika werde nie zuerst von der H-Bombe Gebrauch machen. Unter Malenkow war eine gewisse Entspannung zu spüren. Seine Parole lautete: Kochtöpfe statt Kanonen. Ob dieser Politik entbrannten erneut Machtkämpfe im Kreml. Als Sieger trat ein neuer Mann hervor, Chruschtschew, dessen Parole lautete: Raketen statt Kochtöpfe. Diese neue Periode wurde eingeleitet mit der Friedenskampagne nach außen, der Besuchsdiplomatie und der Koexistenzpolitik. Nach einer Neudefinition östlicher Prägung ist Koexistenz eine höhere Form des Klassenkampfes. Die Auseinandersetzung mit Peking, das für eine Politik der Stärke eintritt, gewann Moskau, indem es die verschiedenen Regierungsstürze in Asien, Kuba usw. als Auflösungserscheinungen des Kapitalismus dank der Koexistenzpolitik wertete. An der letzten großen «Komintern»-Konferenz in Moskau wurde Chruschtschew von Liu Schao-Tschi angegriffen, indem dieser das Gespenst einer letzten kriegesischen Erhebung des Kapitalismus an die Wand malte, dem nur durch ein kriegesisches Zuvorkommen vorzubeugen sei. Moskau behielt die Oberhand, indem es die Folgen eines politischen Prestige-Verlustes im Westen für untragbar hielt. Moskau handelt heute aus einer

Position der Stärke heraus. Die Ziele in Europa sind die politische Vereinigung des Ostblocks unter einheitlicher Führung und die Zertrümmerung der Ansätze der westeuropäischen Integration (Nato, EWG usw.). Die Koexistenz-Kampagne hat zu einer Einschläferung geführt, ähnlich dem Appeasement vor dem zweiten Weltkrieg. Wir müssen uns um das richtige Erkennen des Gegners bemühen und dürfen nicht dem Irrtum verfallen, mit liberaler Einstellung einfach alles und jedes zu tolerieren. Wenn Chruschtschew sagt, daß unsere Enkel Kommunisten sein werden, so haben wir alles daran zu setzen, unsern Enkeln zu ermöglichen, das gesellschaftliche System, unter dem sie leben wollen, selber zu wählen.

Im Anschluß an dieses Referat teilten sich die Tagungsteilnehmer in zwei *Arbeitsgruppen* auf, um sich mit dem Studium des neuen kommunistischen Parteiprogramm Rußlands zu beschäftigen. Die eine Gruppe befaßte sich mit den allgemeinen Punkten und den außenpolitischen Anweisungen des Programms, während sich die zweite den innenpolitischen Richtlinien, speziell den Kollektivierungsfragen der Landwirtschaft widmete. Anschließend an die Gruppenarbeit fand eine sehr lebhaft allgemeine Diskussion statt, in welcher die Tagungsteilnehmer gerne die Gelegenheit ergriffen, einzelne Probleme zu vertiefen, neue Aspekte anzufügen und die Referenten ihrerseits sich bereitwilligst zur Verfügung stellten, um das Bild des bereits Gesagten abzurunden.

Den zweiten Teil der Tagung eröffnete Nationalrat *Peter Dürrenmatt* mit seinem Referat «Neue Dimensionen — Betrachtungen über die Schweiz heute und morgen». Seit 1945 ist Politik Weltpolitik, die Dimension ist also global geworden. Die technische Entwicklung, welche die Gleichzeitigkeit auf dem ganzen Erdball herstellt, ist ein Korrelat dazu. Diese neuen Dimensionen erzeugen eine innere Unruhe in unserem Volk: Wie kann unser Kleinstaat mit 5,5 Millionen Menschen seinen einzigartigen Aufbau und seine Institutionen unter den heutigen Bedingungen wahren? Können wir mit Argumenten, die standhalten, den Vorwurf der Überholtheit durch die Geschichte entkräften?

Die neuen Dimensionen sind nicht nur die Dimensionen des ganz Großen (Vordringen in den Weltraum), sondern gleichzeitig auch des ganz Kleinen (Errungenschaften in der Medizin, Biologie, Chemie usw.). Die Beziehung beider ist damit relativiert worden. Das gilt aber auch für alle andern Gebiete, wie Soziologie, Politik u.a. Unter diesem Blickwinkel liegt der Ansatzpunkt zur Betrachtung der Situation unseres kleinen politischen Gemeinwesens. Der Sinn unserer staatlichen Existenz wird durch den Lebenswillen des Volkes gegeben, nicht durch unsere Kleinheit. Wir haben zu unserer Art und unserer geschichtlichen Vergangenheit zu stehen im Bewußtsein, daß unsere Existenz heute ein Wagnis darstellt. Alle unsere innenpolitischen Entscheidungen sind auf unsere Grundwerte abzustellen, aber auch an den Maßstäben der neuen Dimensionen zu messen. Eine Aktivierung der Außenpolitik tut not im Rahmen der Neutralität, wobei mit Klarheit daran festzuhalten ist, daß unser Neutralitätsbegriff Bündnisfreiheit auf der Grundlage der militärischen Neutralität, niemals aber Gesinnungsneutralität und Abkapselung im heutigen Kampf der freien Welt mit dem Kommunismus bedeutet. Hier liegt eine Fülle außenpolitischer Probleme, die breiteren Volksschichten bewußt gemacht werden muß, um damit die Widerstandskraft zu wecken. Die schweizerische Form des Kleinstaates, die föderalistische Demokratie, ist in allen Punkten mit den Intentionen des Kommunismus unvereinbar, ja mit ihrer relativen Vollkommenheit geradezu ein Gegenbeweis der kommunistischen Lehre. Die diplomatischen Beziehungen mit dem Osten wurden uns aufgezwungen. Leider besteht im westlichen Lager eine unverantwortliche Gedankenlosigkeit hinsichtlich des Osthandels. Das zeigten uns neuerdings die vor dem Handelsministerium in Pankow schlangestehenden Handels-Delegationen aus allen westlichen

Ländern, notabene auch der Schweiz, nach der Kündigung des Interzonen-Abkommens durch die Bundesrepublik. (Allerdings würde der freiwillige Anschluß derjenigen schweizerischen Unternehmen, die Osthandel zu pflegen wünschen, an eine neutrale Kontroll- und Kanalisierungsstelle, welche den Gütertausch nicht nur nach wirtschaftlichen, sondern auch nach politischen und ideologischen Gesichtspunkten vornehmen würde, als leuchtendes Beispiel einer entschlossenen Haltung für die westlichen Länder dienen. Der Berichterstatter.) Einen Beitritt der Schweiz zu den Vereinigten Nationen lehnt der Referent ab, da für unser Land außerhalb dieser Organisation bedeutend mehr Möglichkeiten bestehen. Hingegen gilt es, einen Weg für unseren Anschluß an die europäische Wirtschaftsintegration zu finden, der unserer Sonderstellung Rechnung trägt. Die militärische Verteidigungsbereitschaft Europas steht immer noch auf schwachen Füßen. Wir dürfen unsere hochbewaffnete Neutralität nicht um den Preis eines fragwürdigen Widerstandswillens verkaufen. Unsere geistige Landesverteidigung sollte ein angrifffigeres Element erhalten. Unserem Volk müssen die Grundwerte, die es zu verteidigen hat, wieder lebendiger zum Bewußtsein kommen.

Nach einer regen Diskussion mit dem Referenten, in welcher als Kristallisationspunkt auf der Seite der Tagungsteilnehmer die Bereitschaft herausgestrichen wurde, sich für die Schulung zum Widerstand auf geistiger Ebene zur Verfügung zu stellen und auf der Seite der ANW bekundet wurde, diese Schulung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen, schloß Dr. *Heinrich Spoerry* die Tagung mit dem Aufruf an die Teilnehmer, das, was sie an der Tagung gefunden haben — und es war sehr viel zu finden — gezielt hinauszutragen in weitere Kreise unseres Volkes.

Marcel Grandjean

DIE FRAU IM UMBRUCH DER ZEIT

Das *Problem der Frau in Psychotherapie, Religion und Gesellschaft* zu bedenken, hatte die Stuttgarter Gemeinschaft *Arzt und Seelsorger* (Dr. Dr. Bitter, Stadtpfarrer Breucha und Daur) zu ihrer Jahrestagung im Auditorium Maximum der Stuttgarter Technischen Hochschule eingeladen¹.

Die prächtige Marionettenfigur der strümpfestrickenden «Stuttgarter Oma» (Puppenspieler Albrecht Roser) kommentierte dies löbliche Vorhaben denn auch prompt am ersten Abend mit der Feststellung, daß sie in ihrem Leben immer gefunden habe, die *Männer* seien das Problem. So ist's ja auch: Wenn allmählich zum Bewußtsein kommt, daß zwischen uns etwas nicht ganz stimmt und wir miteinander etwas ausmachen müßten, dann verschaffen wir uns beim andern dadurch ein Alibi, daß wir ihn zum «Problem» deklarieren! Pfr. Rudolf Daur fragte in seiner Begrüßungsansprache, ob etwa alte Schuldgefühle des Mannes gegenüber der Frau die Wahl des Themas bestimmt hätten. Viele unter uns sind mit der fragwürdigen Devise des Preußenhistorikers Treitschke aufgewachsen: «Männer machen die Geschichte», und es könnte sein, daß wir damit bedient sind, *was* sie für eine Geschichte gemacht haben, und füglich alles künftige Heil von der Frau erwarten. Doch darin, daß die vor- und außerchristlichen Religionen dem Bild der Magna Mater nicht nur gütige, hegende und nährende, sondern auch böartige, zerstörende und verschlingende Wesenszüge zugeschrieben haben, bewiesen sie einen tieferen Realismus als der moderne Kult des weiblichen Bildes, der nur die Kehrseite entweder einer Vergötzung des Sexus oder einer verantwortungslosen Kapitulation vor einem Chaos unklarer Gefühle ist. An solch romantischen Gefühlen haben uns die nüchternen Analysen der soziologischen Referate Prof. Ludwig Prellers, Frankfurt, und Prof. Oliver Brachfelds, Barcelona

(früher Caracas), den Appetit heilsam und gründlich verdorben. Wohl ist in vielen zivilisierten Ländern die volle zivilrechtliche Gleichstellung der Frau erreicht. Dennoch wertet die Gesellschaft sich selbst und ihre Gliedfunktionen mit der größten Selbstverständlichkeit aus der Sicht des Mannes. Die Frau, die in der modernen Industriegesellschaft etwa einen Drittel der (abhängigen) Arbeitsplätze besetzt hält, mußte sich den Bedingungen unterwerfen, die ihr der technisch-mentale Geist des Mannes gestellt hatte. Aber die «List der Geschichte» hat dafür gesorgt, daß auch der Mann seinen Tribut zahlen mußte: aus dem einst selbständigen Leiter der Familienproduktionsgemeinschaft wurde er zum außerhäuslichen, abhängigen Versorger der Familie degradiert! Er mußte dabei Eigenschaften entwickeln, die vordem der Domäne der Frau («Die Welt ist des Mannes Haus, das Haus die Welt der Frau»!) zugeschrieben wurden: Geduld und Ausdauer im kleinen, nachgehende Sorgfalt und Sorglichkeit. Die althergebrachte (hypothetische!) Gleichung Bewußtheit = männlicher Logos gilt nicht mehr. «Die moderne Frau sehnt sich nach höherer Bewußtheit» (C. G. Jung) — nicht nur da, wo ihr der «Einbruch» in bisherige «Monopol»-Berufe des Mannes (Forscherberufe, Lehr- und Richteramt, Bau, Technik und Verwaltung) gelungen ist! Es hat die Männerwelt jene statistische Feststellung, daß die im selbständigen Haushalt arbeitende Frau eine Arbeitswoche von 80 Stunden habe, bislang kaum aus der Ruhe gebracht — ein Zeichen dafür, daß der Mann noch immer einen breiten Schatten seiner eigenen Unbewußtheit auf die Frau wirft! So muß auf der einen Seite Simone de Beauvoir recht gegeben werden, die bemerkte, daß die Frau — bislang global als «deuxième sexe» gewertet — erst dann wirklich schöpferisch werden könne, wenn sie aufhören dürfe, um ihr *Mensch-Sein* zu kämpfen! Und auf der andern Seite muß den Möglichkeiten der Frau — besonders der Frau, deren Kinder außer Hauses und selbständig geworden sind — in der Berufsstruktur der heutigen Gesellschaft ein ganz ande-

¹Der vollständige, Referate und Aussprachen umfassende Kongreßbericht soll spätestens im Frühjahr 1962 im Verlag Klett, Stuttgart, erscheinen.

rer Raum gegeben werden: Der «tertiäre Sektor der Wirtschaft», die «Dienstleistungen» breitet sich immer mehr aus, die Lasten müßten gerechter verteilt werden können, Aufgaben individueller Betreuung dürften neu aufgegliedert und differenziert werden. All diese notwendigen soziologischen Umschichtungen und Umbildungen können nur gelingen, wenn auch die *Sprache* sich wandelt. «Alles ist voller Sinn, nur fehlen die Worte», dieser alte chinesische Wahrspruch eröffnet nach den Zeiten der magischen, der mythischen und der mentalen Bewußtseinsstufe den Äon des integrierten Bewußtseins (*Jean Gebser*). Der Physiker Heisenberg und Gräfin S. D. Podewils erkannten in der *Wortlosigkeit* ein Merkmal des atomaren Zeitalters. Ihr gilt jedoch die Verheißung des kühnen Worts von Picasso: «Ich suche nicht, ich finde», und der altchinesischen Schrift, die vor das Zeichen für «Mann» und das Zeichen für «Frau» jeweils das Zeichen für «Mensch» setzt! Dennoch sollten wir nicht aus dem Auge lassen, daß die faktische Situation der Frau (besonders ausführlich dargestellt und durch reiche autobiographische Erfahrung bestätigt in den Referaten Prof. *Brachfelds*), besonders in «Die hispanische Frau in der Gegenwart» noch immer durch Merkmale einer soziologischen «Minderheitengruppe» gekennzeichnet ist. Noch immer neigt der Mann dazu, seine männliche Rolle überzubetonen, noch immer neigt das Gefühl der Frau dazu, die schicksalhaft zugewiesene Frauenrolle abzulehnen (wofür *Alfred Adler* den etwas mißverständlichen Begriff des «männlichen Protestes» der Frau eingeführt hatte). *Brachfeld* empfahl den Tiefenpsychologen, die Markt- und Meinungsforschung mit größerem Interesse als bisher zu verfolgen und zu bewerten.

Vielleicht hätte es der Polyphonie der Stimmen auf diesem Kongreß nicht übel angestanden, wenn die Stimme des Arztes noch stärker vertreten gewesen wäre — die Beiträge von Frau Dr. *Illis Plenge*, Berlin («Die heutige Frau als Mutter»), und des Tübinger Gynäkologen Dr. *K. H. Lukas* («Gynäkologische Organneurosen») mit ihrer reichen Kasuistik zeigten, was es für die Auseinandersetzung mit den weiblichen rhythmischen

und Wandlungsprozessen, Menarche, Geburt, Klimakterium, bedeutet, daß das Bild und Leitbild der heutigen Frau sich nicht mehr einfach mit dem alten Leitbild der Gattin und Mutter deckt. Frau Dr. *Plenge* unterschied den statischen *Elementarcharakter* (Mutter) vom dynamischen *Wandlungscharakter* («Anima», Geliebte), der erst seit der Renaissance zunehmend ins kollektive Bewußtsein eingetreten ist (der Wandlungscharakter war vom Elementar-Ideal des Mittelalters weithin verdrängt und «verhext» worden!). Beide Aspekte des Weiblichen müssen bei allen Spannungen zueinanderfinden und sich miteinander versöhnen. Dies ergänzte Dr. *G. H. Graber*, Bern, durch sein ausgezeichnetes Kurzreferat über «Zyklus und seelische Reaktionen der Frau», in dem er ein erschütterndes Frauenschicksal darstellte: Unerfüllte Sehnsucht nach dem Kinde und Haß gegen den Mann, der den Kindeswunsch nicht erfüllte, führte schwere Mensesstörungen und Depressionen herbei. Wie selten ist es — aus finanziellen und soziologischen Gründen! — möglich, daß eine Frau ihre innere Situation so sorgsam und mit solch ermutigendem Ergebnis mit Hilfe des Therapeuten durcharbeiten darf, wie es hier geschah!

Die tiefenpsychologische Sparte war durch das Ehepaar Dr. *Strauß-Kloebe*, Heidelberg («Das Bild der Frau [Anima] in der schönen Literatur» und «Erscheinungsweisen des Animus im weiblichen Seelenleben»), Frau Dr. *Johanna Herzog-Dürck*, München («Die personale Reifung der Frau»), und Dr. *Werner Klosinski*, Stuttgart («Reifestadien des Weiblichen, dargestellt an Werken der modernen Kunst»), besonders von Klee und Chagall), nicht zuletzt auch durch Dr. *Gerhard Zacharias*, Köln («Das Bild des Weiblichen im klassischen Ballett», mit Demonstrationen von Mitgliedern der Hamburgischen Staatsbühne), wie gewohnt, sehr eindrucksvoll und ausgiebig vertreten. Wiederum trat die von den Soziologen auf anderem Wege erarbeitete Dialektik hervor, daß wesentliche Züge am Vorstellungsbild der Frau, die als überzeitlich oder als gesamt menschlich galten, in Wirklichkeit durch Zeitsignaturen und gesellschaftliche Leitbilder bedingt

und geformt sind. Die Anwendung dieser Prämisse mußte auch die vergleichende Religionswissenschaft (Frau Dr. *Annemarie Heiler*, Marburg, legte in ihrem umfassend gelehrten und von menschlicher Wärme durchstrahlten Referat «Die Stellung der Frau in den Religionen» zugleich ein Stück gemeinsamer Lebensarbeit mit ihrem Manne, Prof. *Friedrich Heiler*, vor) und die historische wie systematische Theologie befruchten; (Prof. *Franz X. Arnold*, Tübingen: «Die Einstellung der katholischen Kirche zur personalen Würde der Frau» und Frau Dr. *Else Kähler*, Zürich: «Die Frau in der Sicht des Neuen Testaments nach neuerer protestantischen Exegese.») Beschämend für die Selbsteinschätzung der «christlich-abendländischen» Kultur ist, daß sie von der Höhe der Erkenntnis und des Lebens Jesu so bald abgefallen ist. Jesus setzte sich über die religiösgesetzlichen Vorurteile und Tabus seiner Zeit der Frau gegenüber souverän hinweg, gab ihr Anteil an der vollen Gottebenbildlichkeit und schirmte ihre Würde, indem er die Ein- und Dauerehe als Gottes gute Gabe und Urordnung enthüllte. Damit waren

eigentlich schon vor 2000 Jahren die Debatten über eine angeblich gottgewollte Subordination der Frau unter den Mann (Frauenstimmrecht!) erledigt. Und wenn Dr. *Herzog-Dürck* in ihrem meisterlichen Vortrag gesagt hatte, daß die Frau dem *Tod*, dem Tod als einer Gestalt der Zeit und der *Zeit* als einer Gestalt des Todes, in *doppelter* Weise begegnen müsse — dem Absterben von der *Sachwelt* und dem Sterben des *Du* (der Mutter, des Mannes, des Kindes), so offenbarte sich jetzt die Todesüberwindung im unablässigen Reifungsprozeß und der liebenden Hingabe an das Geschehend-Begegnende als Sinnerfüllung des weiblichen Daseins wie als Sinnerfüllung des christlichen Mysteriums von Opfer, Tod und Wiedergeburt. — Rege Diskussionsbeteiligung lohnte auch heuer das Mühen und den menschlichen Einsatz der Redner und des leitenden Gremiums, und alle spürten, daß wir eigentlich nichts zu tun haben als zu *vollziehen*, was urbildlich vorgegeben ist und im Ruf der Stunde auf uns zukommt!

Gerhard Bartning